

1. Das Logistikzentrum und die Lehrter Politik

Ein Auszug aus dem Protokoll der 26. Sitzung des Ortsrates Aligse, Kolshorn, Röddensen am Dienstag, 22.03.2016 kündigt die Tendenz des gesamten Verfahrens an:

TOP 4: Feststellung der Tagesordnung

ORM Thiele meint, das Projekt Zentrallager Aldi hätte bereits im Vorfeld der Ortsratssitzung publik gemacht werden müssen, da es ja hierbei auch um wichtige Bürgerbelange gehe. Herr Bürgermeister Sidortschuk antwortet, dass in diesem Zusammenhang der Notartermin erst am 18.3. gewesen sei. Das Verfahren stehe somit am Anfang und werde noch hinreichend öffentlich gemacht.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Das bedeutet:

Vor Einbeziehung der Öffentlichkeit werden mit der vertraglichen Bindung an das Grundstück in Aligse Fakten geschaffen, die eine Umkehrung offenbar nicht mehr zulassen.

Diese Vorgehensweise zeigt den weiteren Umgang des damaligen Bürgermeisters und seiner Mehrheitsfraktion mit dem anstehenden Problem:

Hinhalten, Teilinformieren, Beschwichtigen, Verharmlosen.

Hinzu kommt, dass die Veröffentlichung nur unzulänglich erfolgte und von den Wortführern von Anfang an mit falschen Fakten gearbeitet wurde, vor allem der Aspekte:

- Steuerertrag
- benötigte Fläche
- Anzahl Arbeitsplätze

Wenn H. Wiechmann in der Sitzung des Ortsrates Aligse, Röddensen, Kolshorn am 29.08.2017 sagt, er habe die Planung für das Logistikzentrum schon seit 2007 gekannt (Protokoll der Ortsratssitzung), dann wird er sich fragen lassen müssen

- woher kann der einfache Wähler wissen, was sich hinter den Formulierungen in einem Flächennutzungsplan verbirgt (siehe auch Teil I meiner Ausarbeitungen), an dem er allenfalls informativ beteiligt war?
- hätte H. Wiechmann sein Wissen nicht rechtzeitig an seine Wähler weitergeben müssen?
- wusste er schon damals von dem **Umfang** der geplanten „**Umsiedlung**“?
- wem fühlt er sich eher verpflichtet, einem Großinvestor oder seinen Wählern, die ihm vertrauensvoll das Mandat für die Vertretung ihrer Interessen gegeben haben oder
- hätte er nicht zumindest zu dem Zeitpunkt, als das Ausmaß der geplanten Änderungen deutlich wurde (Z.B. Anteil versiegelte, bebaute Fläche) und wir, seine Wähler schon erkannten was uns zugemutet werden soll und unseren Protest formulierten, eine Revision seiner Vorstellungen vornehmen müssen?

Eine solche Vorgehensweise nenne ich unredlich, und so wird das gesamte weitere Verfahren von Unredlichkeit geprägt sein.

2. Das Logistikzentrum, die Lehrter Politik und der Umgang mit der Wahrheit

„Wer oder welches Gremium hat wann nach welchen Kriterien entschieden, dass in Aligse ein neues Logistikzentrum entstehen soll, und wo ist diese Entscheidung dokumentiert?“

Meine Fragen habe ich erstmals in der Sitzung des Bauausschusses am 04. Sept. 2017 gestellt. Die Antwort der Bauverwaltung (Politiker reden in Lehrte kaum mit, sie schließen sich, das folgere ich aus den Aussagen einzelner Ratsmitglieder, üblicherweise der Meinung der Verwaltung an) lautete:

„Das ist alles nachlesbar im Ratsinformationssystem“ – sonst nichts, – aber könnte und sollte das eine Antwort auf so klar formulierte Fragen sein?

Wenn alles **so klar** war, hätte man ja genauso inhaltlich umfänglicher und vor allem ehrlicher antworten können!

Nach längerem Nachfragen meinerseits hörte ich eine Randbemerkung von H. Bollwein an Frau Hampe „Da müssen wir wohl noch ein wenig nacharbeiten ...“.

Ganz nebenbei: H. Bollwein und Fr. Hampe sind langjährige Mitarbeiter der Bauverwaltung, deren Arbeit für die Stadt Lehrte ich nicht in Frage stellen möchte. Aber: Fr. Hampe zeichnet für den Flächennutzungsplan der Stadt Lehrte aus dem Jahre 2007 verantwortlich. Deshalb halte ich es für kein „Versehen“, dass ein so wichtiges Element wie die Abwägung zwischen zur Verfügung stehenden Flächen „vergessen“ wurde.

Als Folge erschien im Dez. 2017 im dann verabschiedeten Flächennutzungsplan ein Passus, in dem eine Überprüfung der möglichen Standorte für das Zentrallager als Teil einer „**Vorprüfung**“ beschrieben wurde. Abgesehen davon, dass eine solche „Vorprüfung“ offensichtlich außerhalb eines demokratischen Verfahrens erfolgte, war davon im ganzen Verfahren bis dahin keine Rede. Man muss also davon ausgehen, dass dieser Passus nachträglich eingefügt wurde und diese „Vorprüfung“ nie am Anfang des Verfahrens stand, sondern eine unmittelbare Folge meiner Nachfrage im Bauausschuss war.

Herr Wiechmann, Sie saßen bei dieser Sitzung hinter den Mitgliedern der Bauverwaltung und hörten meine Fragen und die unzureichenden Antworten:

Wann wird aus Unredlichkeit Lüge?

Sind Sie sich bewusst, dass etwas, das durch eine Lüge beginnt, niemals mit einem demokratisch glaubwürdigen Anstrich versehen werden kann und damit niemals einer Stadt zum Guten gereichen kann?

Und: Wer steht wem gegenüber so sehr im Wort, dass demokratische Verfahren strikt **nicht** angewendet werden, wo stehen Sie als Mandatsträger – sogar noch von Aligser Wählern gewählt – in diesem Verfahren?

Verantwortungsvolle Partnerschaft (so H. Sidortschuk wiederholt in seinen Äußerungen) erschöpft sich doch bisher darin, dass die Stadt Lehrte bestrebt ist, die Forderungen ihres „Partners“ Aldi (Fächennutzung, Ausweitung von Grenzwerten

etc.) zu erfüllen, während die Gegenleistungen (Steuertrag, Arbeitsplätze etc.) reine Wechsel auf die Zukunft sind.

Das klassische Dilemma der Politik, zwischen **Allgemeininteresse** und **Privatinteresse** entscheiden zu müssen, wurde hier zusätzlich verschärft, indem man kurzerhand das Privatinteresse des Investors zum Allgemeininteresse der Stadt Lehrte und das Anliegen der Aligser Bürger zum Privatinteresse erklärte und damit im eigenen Bewusstsein zweitrangig machte und damit für weniger wichtig erklärte.

Befremdlich ist zudem, dass während des gesamten Verfahrens alle Politiker (ausgenommen eine klitzekleine Minderheit) unisono für das Logistikzentrum in Aligse argumentierten, obwohl zu keinem Zeitpunkt die **Qualität des Standortes und die Vorteile für die Bürger dieser Stadt** nachgewiesen worden wären.

Dass die örtliche SPD, angetrieben durch ihren Sprecher H. Wiechmann, auf Biegen und Brechen einen Plan aus dem vergangenen Jahrtausend zu Ende führen möchte, obwohl sich mittlerweile viele Parameter und Paradigmen und auch gesetzliche Vorgaben geändert haben, zeigt die Zerfahrenheit der Situation.

Dass die anderen Parteien im Rat bisher alle diese Entscheidungen mitgetragen haben, macht es nicht besser erträglich und hat bisher noch nicht zu einem neuen Lösungsansatz geführt.

Zu befürchten ist, dass es am Ende – spätestens bei der Kommunalwahl 2021 – klar wird, dass es sich bei den Ränken und Finten des „Mehrheitsführers“ H. Wiechmann um das Austoben persönlicher Eitelkeiten handelt.

Hinzu kommt seine Grundeinstellung, nur egozentrisch machtpolitisch und nicht mit Weitblick und erkennbarer Verantwortlichkeit für seine Mitbürger zu operieren.

Diese Art Politik zu betreiben ist zurzeit in der Weltpolitik zu beobachten, gehört aber sicher nicht zu dem, was die Stadt Lehrte mit ihren Ortschaften benötigt!

Spin-Doktoren, die vorzugsweise im Hintergrund agieren und die in der Öffentlichkeit Stehenden (Rats- und Ortsratsmitglieder) mit „Zetteln“ führen, brauchen wir hier nicht. Das gleiche gilt für Hintergrundabsprachen („Küchenkabinette“) bis hin zu abstimmungsreifen Ergebnissen.

Die Regelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit sind da eindeutig und nicht diskutierbar.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diesen Zwischentext hätte ich vielleicht an den Anfang setzen sollen, aber wie das so geht im Leben, man macht vieles zum ersten Mal.

Deshalb an dieser Stelle einige Worte in eigener Sache.

Die Menge an Gedanken, die bei mir in den letzten Jahren aufgelaufen sind, mussten geordnet und in eine angemessene Form gebracht werden. Dabei haben sich viele Aspekte erst in der Rückschau ergeben, oder, so sagt man wohl, hinterher ist man immer schlauer.

Ich danke dem **Verein für Dorferhaltung und Umweltschutz e.V.**, dass er mir für die Veröffentlichung den Platz auf seiner Homepage angeboten hat.

Als Stilform habe ich die Kolumne gewählt, weil ein geschlossener Kommentar bei der Fülle an Informationen und Stellungnahmen zu wuchtig dahergekommen wäre.

Die Kolumne bietet dem Autor die Möglichkeit, in gewählter Folge (hier wöchentlich) Sachverhalte kommentierend aus seiner Sicht darzustellen.

Diese Form schien mir nötig, weil ich bisher keine andere Möglichkeit sah, der Öffentlichkeit darzustellen, warum ich mich so intensiv mit diesem Thema beschäftige und zumindest anzudeuten, welches Ziel ich mit dieser Publikation verbinde. In diesen Aspekten sehe ich mich in Übereinstimmung mit vielen Mitgliedern unserer Bürgerinitiative und sicher auch den meisten Einwohnern Aligses.

Der eine gemeinsame Aspekt ist der Zorn über das Agieren örtlicher Politiker, der wichtigere Aspekt ist für mich persönlich die Sorge, wie ohne Not der Bürger zum Protestbürger wird, weil Politik bei nicht mehr erkennbaren Abgrenzungen zur reinen Interessenpolitik verkommt und nicht mehr erkennbar dem Allgemeinnutzen dient.

Konfrontation könnte eine Folge sein, aber vielleicht ergibt sich am Ende doch ein wenig Verständnis dafür, dass eine große Zahl von Bewohnern unserer Dörfer Aligse, Röddensen und Kolshorn sich so nachhaltig und bisher erfolgreich gegen dieses Monsterprojekt Zentrallogistik Lager gewehrt hat **und weiter wehren wird.**

3. Das Logistikzentrum und die Auswirkungen auf unsere Dörfer Aligse, Röddensen und Kolshorn

In der Rückschau sieht man vieles, dem man bis dahin kaum Bedeutung beigemessen hatte.

Die Entwicklungen in der Stadtplanung schienen zunächst vernünftig, wie zum Beispiel die Darstellung der Dorfentwicklung im Integrierten-Stadtentwicklungs-Konzept (ISEK):

- Entwicklung der Dörfer
- Schaffung von Wohnraum
- Gewerbeentwicklung im Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung

Die reale Politik sah schon anders aus, wurde von den Bewohnern Aligses aber lange mit jedem Schritt zähneknirschend hingenommen:

- die Erschließung für Petzold erfolgte gegen den Widerstand der Bevölkerung
- die versprochenen Schutzmaßnahmen wurden nie gebaut, Nachfragen verloren sich im Nirwana...
- die Ansiedlung von Helma ergab keine Probleme und auch der Pferdemarkt Loesdau wurde akzeptiert.

Dann schien die Zeit – vorbereitet durch passende, zunächst unauffällige Formulierungen in den Flächennutzungsplänen und im Integrierten-Stadt-Entwicklungs-Konzept – reif, den großen Wurf zu tun.

Im Jahr 2016 wurde beiläufig (siehe oben Punkt 1) die Planung für das Aldi-Logistiklager in die Öffentlichkeit gebracht.

Unklar ist an dieser Stelle, ob Aldi nach diesem Grundstück gefragt hat oder ob die Stadt von sich aus, dieses Grundstück zur Verfügung gestellt hat, obwohl es ja Alternativen gab (Flächennutzungsplan 2007).

Auf jeden Fall war es ein Glücksfall für die Firma Aldi, ein solches „Sahnestück“ präsentiert zu bekommen.

Selbst als sich die Firma Aldi „verrechnete“ und das Grundstück eigentlich zu klein war für die vorgesehene Nutzung, präsentierten Bauamt und Rat eine kommode Lösung:

Der bisherige Schutzstreifen zum Schutz der Bürger wurde einfach gestrichen – Aldi konnte somit problemlos im gewünschten Rahmen weiter planen.

Auch die Verkehrsanbindung an die A2 von Westen kommend wurde mit einer noch zu planenden Linksabbiegerspur, die bisher als nicht genehmigungsfähig galt, ermöglicht.

Wenn man in Ausschusssitzungen nachfragte wurde einem erklärt, das alles geschehe aus städtebaulichen Gründen!!!

Das war dann das neue Totschlagargument, wenn die Verwaltung keine schlüssigen Begründungen fand:

Städtebauliche Gründe, die im Übrigen nie näher erläutert wurden.

All das spricht für eine allzu starke Bindung zwischen Investor und dem Bauamt als Genehmigungs- aber auch Aufsichtsbehörde im Planungsverfahren.

Es war nicht der bereits abgewählte Bürgermeister alleine, der diese Planungen voranbrachte.

Der gesamte Rat stimmte fast einstimmig allen Planungsschritten zu, es gab keine Opposition, die die bangen Mahnungen aus der Bevölkerung hätte einbringen können.

Selbst der Vorsitzende des Rates, Herr Schulz gesellte sich zu denjenigen, die das Aldi-Projekt unbedingt ohne Blick auf sachliche Realitäten durchziehen wollen, als er mich in der Sitzung des Rates am 06.12.2017 mit den Worten zurechtwies: „Herr Overfeld, diese Fragen haben Sie schon fünf Mal gestellt, sie sind alle beantwortet!“

Das war wieder einmal falsch, denn beantwortet sind meine Fragen bis heute nicht.

War das Weisheit, Verbohrtheit, Nichtwissen, Nichtwissen wollen – auf Fragen gab es keine oder unzureichende Antworten!

Schaut man sich die Formulierungen in ISEK an, wird das Bild schon klarer.

Zwar steht im Focus steht immer noch die „Entwicklung der Dörfer“, aber auch hier wird die gewerbliche Entwicklung bereits angedeutet (Tönjeskamp, Aligse).

Während in Ahlten eine etwas behutsamere Entwicklung der Gewerbeflächen vorgenommen wurde, sich mit dem Megahub aber auch hier Probleme abzeichneten, ging die Entwicklung

der Siedlungsstruktur weiter: es wurden neue Baugebiete ausgewiesen.
Das gleiche passierte in Hämelerwald, Sievershausen, Immensen und in der Kernstadt.

Nur in Aligse, Röddensen und Kolshorn passierte – trotz der super Anbindung an das regionale Verkehrsnetz – zur Entwicklung der dörflichen Struktur bis auf einige Lückenbebauungen: Nichts.

Auch das Gewerbegebiet Lehrte Nord 3, Aligse wurde trotz der, wie es immer so schön heißt, verkehrsgünstigen Lage kaum weiterentwickelt. Das lässt darauf schließen, dass hier schon längst andere Pläne existierten.

Als Folge änderte sich die dörfliche Struktur zu Ungunsten der Bewohner Aligses:

- der Verkehr auf der Bundesautobahn und der Bundesstraße 443 wurde immer stärker
- die Wartezeiten an der Schranke wurden immer länger
- neue geschlossene Baugebiete wurden nicht ausgewiesen
- Gaststätten wechselten die Betreiber oder wurden ganz geschlossen
- der zentrale Einkaufsladen reduziert sein Angebot
- die schulische Situation wird immer prekärer (keine Neubaugebiete keine Kinder)
- die dörfliche Entwicklung wird ausgebremst, das Gewerbegebiet Lehrte Nord 3 wird jahrelang nicht wie geplant als Gewerbegebiet GE (siehe Bebauungsplan für die Firma Petzold von 2000) weiterentwickelt.

Sehr gut passt in diesen Zusammenhang die Aussage des H. Wiechmann im Herbst 2017, dass man Wohngebiete im Bereich Aligse „Ochsenläger“ allein schon deshalb nicht weiter entwickle, weil die Entfernungen zum Bahnhof und zur Grundschule/Kindergarten zu weit seien.

Für jemanden, der nach eigener Aussage „ein Mann der Zahlen“ ist, aber von Planungen „keine Ahnung“ hat, eine sehr gewagte Aussage, denn schon als es um die Entfernungen möglicher Standorte für das geplante Zentrallager ging, haben unsere Politiker gezeigt, wie schlecht sie mit Zahlen umgehen können:

Der Tönjeskamp liege zu dicht an Immensen (Abstand deutlich mehr als 1 km), der Abstand des Gewerbegebietes Lehrte Nord 3 (Automeile) vom Ort Aligse (Abstand 300 m) sei gut zu ertragen und damit zumutbar!

Das alles wurde wohl im Vorgriff für die Planung des Gewerbes/Industriegebietes Lehrte Nord 3/Aligse so vorgegeben, denn eins war den Planern wohl bewusst:

Industrieansiedlung (Logistikzentrum) und Wohngebiete konnten nicht nebeneinander entwickelt werden.

Die Ansiedlung von mittelständischem Gewerbe auf diesem Gelände, war ja nie auch nur im Ansatz geplant. Denn die Interessenten, die nachfragten, wurden schlicht abgewiesen.

Ein weiteres missglücktes Rechenexempel des H. Wiechmann zeigt, der Vergleich mit den Bauplanungen in Ahlten, denn dort wurden Wohngebiete geplant, die deutlich weiter entfernt von Bahnhof und Grundschule sind, als ein potentiell geplantes Wohngebiet Ochsenläger in Aligse es wäre.

Ach so, trotz dieses offensichtlichen Unvermögens, ist H. Wiechmann inzwischen Mitglied des Bauausschusses!

Das alles führt meines Erachtens zu einem Verdruss über ausgeübte Politik. Die SPD macht dafür die verantwortlich, die zunächst nur Informationen und echte Beteiligung an der Entscheidung wünschten.

Dabei entstanden verbale Konflikte doch vor allem daraus, dass gestellte Fragen nicht beantwortet und gewünschte Beteiligung am Prozess nicht gewährt wurde.

Auch hier wurden – wie bei der Abschätzung Allgemeinnutzen/Privatnutzen – Ursache und Wirkung einfach vertauscht, die Vorteile für den Investor, die Nachteile für die Dorfbevölkerung.

4. Die Rolle des Investors Aldi in der Auseinandersetzung um die Ansiedlung in Aligse

Es war für mich immer unumstritten, dass die Fa. Aldi das Recht hat, gewinnorientiert zu arbeiten.

Ebenso unumstritten sollte es sein, dass die Fa. Aldi nicht nur bei der Planung der Stadt Lehrte aktiv mitwirkt, sondern auch dazu bereit sein muss, auf Fragen und Befürchtungen der betroffenen Bürger einzugehen.

Eine große Rolle spielt in diesem Zusammenhang das **Informationsmonopol** der Fa. Aldi:

Nur Aldi konnte genau sagen und damit verlässliche Grundlagen liefern

- wie viele Personen beschäftigt sind
 - in der Verwaltung
 - im Lager
 - als Fahrer
- wie groß die gegenwärtige Lagerfläche und das gegenwärtige Lagervolumen sind
- wie viele Fahrten aktuell tatsächlich stattfinden
- wie groß das neue Lager geplant wird bezüglich
 - Lagerfläche
 - Lagervolumen
 - technischer Ausstattung
 - Kühlanlagen (Dimension und Lage)
 - wie sich die Anzahl der Fahrten entwickeln wird

Vor allem die Informationen über die geplante Lagertechnik ließen zu wünschen übrig. Bei solchen in die Zukunft weisenden Investitionen muss man davon ausgehen, dass modernste Technik eingesetzt wird und damit vor allem „klassische“ Lagertätigkeiten entfallen werden bei allen möglichen Folgen für die Beschäftigungssituation(s.u.).

Diese Informationen wurden nur „stückweise“ oder gar nicht herausgegeben und so kam es im Verlauf der Planungen zu großen Meinungsdivergenzen.

Schwerwiegend in der Rückschau ist vor allem, dass sich alle Diskussionen über Zahlen zur Verkehrs- und Lärmbelastung um **Grenzwerte und deren Änderungen im Grenzbereich des gerade noch ertragbaren** bewegten.

Ob es wirklich verantwortlich ist, als Investor Forderungen in diesen Grenzbereichen zuzulassen, wurde in der Öffentlichkeit nie diskutiert.

Offen blieb und bleibt bisher auch die Frage nach Umstellungen im Aldi-Konzern.

Im Bereich Aldi-Nord wurden in den vergangenen Jahren mehrere Zentrallager geschlossen bzw. sollen geschlossen werden. Damit verbunden kam/kommt es zu nennenswerten Arbeitsplatzverlusten (Quelle: Internetrecherche):

- Könnern (Sachsen-Anhalt) 2017
- Hoyerswerda (Sachsen) 2017
- Greiz (Thüringen) 2019
- Schwelm (Nordrhein-Westfalen) 2019
- Beverstedt (Niedersachsen) Schließung geplant Ende 2020.

Bei dem in Aligse **geplanten Lagervolumen bis zum möglicherweise 5-fachen des bestehenden Volumens in Sievershausen (Bezug: Flächennutzungsplan 2017, eigene Abschätzungen)** könnten in der Nähe liegende Aldi-Standorte wie Rinteln und/oder Salzgitter bald Gegenstand von Reorganisationsmaßnahmen sprich Schließungen sein.

Das könnte uns eigentlich egal sein, aber:

Verbunden wäre damit in Aligse eine mindestens Verdoppelung der bisher zugegebenen LKW- Fahrten mit all den daraus wachsenden Belastungen wie Staus, Lärm, etc.

Das könnte zudem bedeuten, dass zwar wie von den Befürwortern behauptet und wie von Aldi angekündigt in Lehrte die Anzahl der Arbeitsplätze erhalten bliebe, insgesamt aber durch Wegfall von Arbeitsplätzen in Rinteln und Salzgitter ein erheblicher Einspareffekt erzielt werden könnte.

Die Arbeitsplätze, die den freigesetzten Arbeitskräften in anderen Unternehmen der Aldi-Gruppe angeboten werden, werden in der Regel mit neuen – meist schlechteren – Verträgen ausgestattet.

Sollte sich also zusätzlich herausstellen, dass es sich bei dem Neubau in Aligse nicht wie bisher beschrieben um die Umsiedlung eines „ortsansässigen Betriebes“ in angepasster Größenordnung handelt sondern um einen zentralen Neubau im Zuge der Konzentrationsbemühungen der Fa. Aldi, wäre mit dem Wegfall der Begründung ein weiteres gravierendes Argument für die Ablehnung dieser Planung gegeben!

Übrigens:

In den „Standortinformationen zum Logistikprofil der Region Hannover 2017“ (herausgegeben im August 2017, im Konzept fertig gestellt sicher schon Ende 2016 oder Anfang 2017) wird für Lehrte unter den bereits getätigten Investitionen das Logistikzentrum der Firma Aldi als Zentrallager aufgeführt.

Also schon hier Zentrallager und nicht Logistikzentrum – Nomen est Omen.

5. Politik und Kommunalwahl 2021 in Aligse, Röddensen und Kolshorn

Das politische Klima in Aligse ist gestört.

Die Hauptbefürworter der Ansiedlung des Zentrallagers waren H. Sidortschuk und der in Aligse wohnende H. Wiechmann.

Unser Ortsbürgermeister H. Seger hat als erster eine konsequente und wirkungsvolle Gegenposition zu den Plänen der Lehrter SPD eingenommen.

Das haben die Mitglieder der örtlichen SPD nur schwer ertragen können.

Durch die folgende Attacke H. Wiechmanns auf die Bürgerinitiative – sie spalte das Dorf – wurde das Klima nicht besser und diese Aussage entsprach auch nicht der Wahrheit, sondern muss sich gegen den richten, der diese Aussage gemacht hat.

Dass während der Sitzung des Rates der Stadt Lehrte ein Stadtrat der SPD aufstand und unserem Ortsbürgermeister und bekennenden Bauvorhabengegner H. Seger „den Vogel“ zeigte, kann als Entgleisung eines Einzelnen ausgelegt werden, fügt sich aber in eine lange Reihe ähnlicher Respektlosigkeiten, die sich mehrheitlich in den „sozialen“ Netzwerken abgespielt haben.

Und dass der Ratsvorsitzende diesen Stadtrat nicht umgehend rügte und damit Grenzen im Umgang miteinander aufzeigte – war das eine momentane Überforderung eines Einzelnen oder zeigt sich nicht auch hier ein fataler Fehler im System?

Ich erinnere eine weitere Szene in engem zeitlichen Zusammenhang.
Unser Ortsbürgermeister H. Seger fragte nach einem Wortwechsel den neuen Vorsitzenden der SPD-Fraktion H. Licht, warum er bisher noch zu keiner Sitzung des Ortsrates Aligse, Röddensen, Kolshorn gekommen sei. Die Antwort kam mit breitem Grinsen und säuselnder Stimme: „Frank, Du kennst meine Antwort“.

Dieses Beispiel zeigt, dass von der neuen SPD-Spitze kaum Interesse für die Belange der Bewohner Aligses erwartet werden kann. Fortwährende Insubordination muss (nach Ansicht der Fraktionsführung) schließlich bestraft werden.

Die Probleme wurden durch das Abstimmungsverhalten im Ortsrat deutlich. Nachdem im Jahr 2016 zuerst die SPD-Mitglieder im Ortsrat zusammen mit den Mitgliedern der CDU bei einer Gegenstimme (H. Seger) das Projekt befürwortet hatten schwand im Laufe des Verfahrens diese Mehrheit. Im Jahr 2019 kam der Umschwung: Mit großer Mehrheit sprach sich der Ortsrat gegen das Bauvorhaben aus.

Die schlechte Stimmung im Ortsverein der SPD Aligse zeigte sich auch daran, dass im Jahr 2019 H. Siemon aus dem Ortsrat ausgeschieden ist und H. Zacharias die Führung des Ortsvereins der SPD Aligse geschmissen hat.

Die SPD ist nach der Trennung des H. Seger von der Partei eigentlich nicht mehr präsent, sie zeigt sich kaum mehr in der Öffentlichkeit.

Die CDU versucht seit der Wahl des H. Prüße zum Bürgermeister, ihre neue Rolle zu finden, tut sich aber schwer, die alten Positionen glaubhaft zu wechseln.

Die „Grünen“ sind in Aligse sowieso nicht erkennbar vertreten, wären aber wegen der skandalösen Zustimmung ihres Lehrter Verbandes zu Flächenverbrauch und Naturzerstörung sowie ihrer Einstellung zur Logistiksiedlung in Aligse nicht präsentierbar.

Auf jeden Fall (und Gott sei Dank) haben die meisten Mitglieder des Ortsrates erkannt, dass es wenig Sinn macht, als Ortsrat die Meinung der Mehrheit im Dorf zu ignorieren.

Eine Neuausrichtung muss für alle Parteien glaubwürdig sein. Dazu müssen sie die Forderungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nach Verhinderung des Logistikzentrums durch eine ehrliche Beschreibung neuer Positionen in Übereinstimmung mit Grundaussagen der eigenen Partei erfüllen.

Die Gegenposition, die Aldi-Ansiedlung weiter vorantreiben zu wollen, wird in der Aligser Wählerschaft kaum Anerkennung finden.

Der amtierende Ortsbürgermeister H. Seger, der bei der letzten Wahl eine sehr hohe Zahl an persönlichen Stimmen sammeln konnte, kann nach seinem provozierten Ausscheiden aus der SPD in den anderen Parteien keine neue Heimat finden.

Als überzeugter Sozialdemokrat, der permanentes „Mobbing“ der anderen Parteimitglieder erfahren musste und aus der Partei ausgeschlossen wurde, kann er weder zur CDU noch zu den Grünen wechseln.

Die einzige anständige Lösung sowohl für ihn, der als erster gegen seine Partei den Widerstand gegen diese Industrieansiedlung geweckt und der für seine Haltung den Parteiausschluss hingenommen hat, als auch für das Dorf, ist sein Antreten als unabhängiger Kandidat.

Das erfordert ein höheres Engagement der Bürgerschaft und vor allem aus den Reihen der Bürgerinitiative.

Auch wenn H. Seger mit einem hohen Stimmenanteil gewählt würde, braucht er doch Mitstreiter vor allem auch im Ortsrat.

Dies kann nur dann gelingen, wenn sich unter denen, die sich gegen das Logistiklager positioniert haben, einige finden, die bereit sind, durch aktive Mitarbeit dazu beizutragen, dass dieser Kelch der Industrieanlage in unmittelbarer Ortsnähe an uns vorüberzieht.

Darauf warten, dass H. Seger ohne erkennbare Unterstützung eine Bewerbung für ein Folgemandat anstrebt, ist sicher nicht die letzte Weisheit!

Es wäre schade, wenn Aligser Bürger sich später eingestehen müssen, dass eine Unterschrift gegen das Vorhaben und stummer Widerstand allein offenbar nicht ausreichend waren.

6. Politik und Kommunalwahl in Lehrte

Das schon lang andauernde Hin und Her mit den Themen Verkehrsbelastung, Verkehrslärm und Feinstaubbelastung macht viele Lehrter müde. Das führt dazu, dass das Interesse an Lokalpolitik sehr stark nachlässt.

Die SPD, von Jahrzehnten „Alleinherrschaft“ geprägt, scheint nicht in der Lage, einmal vor langer Zeit getroffene Entscheidungen zeitgemäß zu überdenken. Nicht einmal die Abwahl ihres ehemaligen Bürgermeisters hat sie veranlasst, eigenes Handeln selbstkritisch zu überprüfen.

Die „Grünen“ zeigen durch ihr von Nibelungentreue geprägtes Festhalten an der Planung dieser monströsen Industrieanlage, dass sie schon längst vergessen haben, was grüne Politik im Kern eigentlich bedeutet.

Der neue Bürgermeister H. Prüße bemüht sich um Fairness, kann aber aufgrund der trotzigen Haltung der Noch Mehrheit im Rat zurzeit keine wesentlichen Änderungen in der Politik durchsetzen.

Die CDU hat als zwischenzeitlicher Partner und Unterstützer der SPD noch keine neue eindeutig erkennbare Richtung gefunden und findet sich zurzeit in einer eher wirkungslosen Opposition wieder, da die Mehrheitsverhältnisse im Rat sich nicht geändert haben.

Ansätze sind erkennbar, die nächsten Wahlauftritte zur Kommunalwahl werden zeigen, wie sich die CDU zu den Lehrter Problemen positioniert.

Ob die CDU als derzeit größte Oppositionspartei von der schlechten Performance der derzeitigen Ratsmehrheit profitiert, ist schwer vorauszusagen.

Änderungen in der Lehrter Ratspolitik könnte man von der Ankündigung des seinerzeit dritten Bewerbers bei der Bürgermeisterwahl, H. Gels, erwarten.

Er hatte nach der Wahlentscheidung angekündigt, er wolle bei der nächsten Kommunalwahl mit einer unabhängigen Liste in die Lehrter Politik einsteigen.

Vielleicht ergibt auch eine Verschiebung der Ratsarbeit in Richtung mehr Bürgerbeteiligung (z.B. bei der Auswahl der „Sachverständigen Bürger“ in den Ausschüssen) eine Möglichkeit, das Interesse der Bürger zu erhöhen. Die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Vorhaben zeigen doch, dass es in der Bürgerschaft viel auszuschöpfendes Erfahrungspotential gibt!

Auf jeden Fall sollte für alle Mitbürger und Mitbürgerinnen gelten:

Interesse zeigen, sich gut informieren und wählen gehen!

7. Resümee und Ausblick

Sowohl von Seiten der Politik als auch vom Investor sind im Aldi-Verfahren viele Fehler gemacht worden.

Wenn man sich fragt, warum heutzutage viele Großprojekte so zäh beginnen und so lange bis zur Umsetzung dauern, liegt, so könnte man sagen, auch hier der größte Fehler direkt am Anfang:

Fehlende Informationen, unkorrekte Informationen, Intransparenz, Unsauberkeit in der Beschlussfassung, Öffentlichkeitsbeteiligung nicht über das formal notwendige hinaus.

Einige Windparkprojekte (Emsland) zeigen, dass man unter positiver Berücksichtigung obiger Voraussetzungen auch größere und an anderer Stelle eher umstrittene Projekte erfolgreich abwickeln kann.

Die bisher angesprochenen Aspekte (siehe oben) zeigen zudem wie wichtig es ist, dass die, die vor Ort als Mandatsträger Verantwortung tragen, **mit ihren Wählern zusammen** solche Projekte offen diskutieren.

Das alles fehlt beim Projekt Gewerbegebiet Lehrte Nord 3.

Wenn man, um noch ein Beispiel aufzugreifen, klammheimlich durch das Hinschreiben der Buchstaben GI aus einem Gewerbegebiet GE ein Industriegebiet machen will darf man sich nicht wundern, dass die nicht unbedingt fachkundigen Anwohner „not amused“ sind, wenn sie nach mühsamen Recherchen herausfinden, was das bedeutet!

Zurzeit ist kaum zu erkennen, wohin nun die Reise gehen soll.

Durch die sog. Coronakrise haben sich alle Maßstäbe verschoben und zu befürchten ist, dass auch hier wie in anderen Fällen die Pandemie genutzt wird, eigene Fehler zu verschleiern.

Der Investor macht zurzeit auf Grund der hohen Konsumrate im Einzelhandel sehr wahrscheinlich gute Geschäfte. In den vergangenen Jahren hat er allerdings **in Lehrte und auch an anderen Standorten keine Steuern gezahlt** und es weiß niemand, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in naher Zukunft darstellen wird.
(H. Sidortschuk: „**Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind kaum planbar**“).

Die Stadt Lehrte hat mit ihren umfangreichen Bauvorhaben sowohl finanziell als auch planerisch große Aufgaben vor sich.

Es wird die vordringliche Aufgabe der Ratspolitik sein, die Grenzen, die sich aus der reduzierten Entwicklung der Wirtschaft und damit auch der Steuererträge ergeben, auszuloten und damit die Weichen für die Stadt Lehrte richtig zu stellen.

Diese Aufgabe zu erfüllen scheint mir wichtiger zu sein, als die Planung einer umstrittenen Industrieansiedlung.

Das Motto für die künftige Ratspolitik sollte sein:

Kritische Bürger nicht „wegbeissen“ sondern in Prozesse einbeziehen!

Großprojekte von Anfang an kritisch betrachten, dabei wirklich sachkundige Bürger in die Entscheidungsfindung einbinden!

Schluss mit der großflächigen Versiegelung von Grund und Boden!

So liebe Leser und Leserinnen, das war ein Teil der Gedanken, die mich in der vergangenen Zeit bewegten.

Nicht alles habe ich aufgeschrieben, denn Ärger und Wut sind schlechte Ratgeber.

*Vielleicht setzen sich endlich einmal Vernunft und Zukunftsverantwortung durch und führen zu **zukunftsfähigen Entscheidungen**.*

Auf jeden Fall danke ich allen Bürgern, die sich mit uns gegen die Planungen eines Zentrallagers dieser Größenordnung in der Nähe unseres Wohnortes Aligse gewendet haben und bitte Sie eindringlich, weiterhin das Thema Großplanungen in Lehrte kritisch zu begleiten.

Bleiben Sie dabei!

Ihr/Euer

Rüdiger Overfeld